

Verfehlte Geldpolitik	385
Defizite in der Berufsausbildung der Lehrlinge in den neuen Bundesländern	390

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 31-32/92

Berlin

30. Juli 1992

2. Ex.

59. Jahrgang

Verfehlte Geldpolitik

Die Ausgangslage

Die Deutsche Bundesbank hat am 16. Juli 1992 ihren Diskontsatz von 8% auf 8 ¾% erhöht. Damit ist in der Phase der deutschen Vereinigung diese Form der Refinanzierung der Banken so teuer geworden wie niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Diese Politik wird weitreichende Konsequenzen haben. In Westdeutschland wird sich die ohnehin vorherrschende rezessive Tendenz angesichts schwindender Hoffnungen auf Zinssenkungen weiter verschärfen. In Ostdeutschland droht die schon jetzt mit dem Wort „Krise“ nicht mehr angemessen zu umschreibende Situation beängstigende Ausmaße anzunehmen, wenn westliche Investoren ihre Engagements nicht durchziehen.

Für sich genommen erscheint die Erhöhung des Diskontsatzes nicht als gravierend, denn der Lombardsatz, also die Obergrenze für den geldpolitisch maßgebenden Wertpapierpensionssatz, blieb unverändert. Als ein weiterer Schritt im Rahmen einer Restriktionspolitik muß der Diskonterhöhung jedoch eine erhebliche Signalwirkung zugeschrieben werden: Die Bundesbank hat, auch mit ihrer Aufforderung, die Bankkredite erneut zu verteuern, unzweideutig zu erkennen gegeben, daß sie — bei gewissen Konzessionen an das Ausland — grundsätzlich eine weitere Verschärfung ihrer Politik des teuren Geldes für notwendig hält. Zwar mußte diese Politik angesichts des vereinigungsbedingten Booms länger als üblich durchgehalten werden, aber inzwischen ist sie eindeutig überzogen worden. Investitionen werden jetzt ohne (stabilitätspolitische) Not verteuert und eingeschränkt. Dieser Kurs geht mehr und mehr in die Irre, weil nur Investitionen am Ende die gesamtdeutschen Probleme lösen können — auch das Inflationsproblem!

Dieses Problem ist nicht nur ein Problem der Geldpolitik, auch andere haben Fehler gemacht. Die Lohnabschlüsse

im vergangenen und in diesem Jahr sind eindeutig über das hinausgegangen, was angesichts der einigungsbedingten Lasten real verteilbar war. So wurde der Eindruck vermittelt, die Verteilungsprobleme sollten auch längerfristig auf dem scheinbar bequemen Weg über eine höhere Inflationsrate „gelöst“ werden. Das konnte die Bundesbank nicht akzeptieren. Der Staat hat von Anfang an im Zuge des Einigungsprozesses die Bereitschaft des Westens, Opfer zu bringen, nicht energisch und nicht überzeugend genug eingefordert. Er hat es auch versäumt, im Zuge der einigungsbedingten Hochkonjunktur Privilegien und Subventionen in Westdeutschland abzubauen. Schließlich hat er mit einer einseitigen und kaum begründbaren Steuer- und Sozialpolitik die Lohnverhandlungen belastet und den gesamten sozialen Konsens immer wieder in Frage gestellt.

Wenn in Deutschland nicht in kurzer Zeit alle Beteiligten auf die Linie einer in sich konsistenten Politik einschwenken, wie sie viele Institute einzeln und gemeinschaftlich immer wieder gefordert haben¹, droht der Bundesrepublik eine lang anhaltende wirtschaftliche Schwächephase, die auch langfristig für Gesamtdeutschland die Chancen verbaut, die strukturellen Anpassungsprobleme der deutschen Vereinigung ohne größere politische und soziale Konflikte zu bewältigen.

¹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1991. Gemeinschaftsdiagnose der fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43/1991. — Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1992. Gemeinschaftsdiagnose der fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 16-17/1992. — Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1992. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht Nr. 1-2/1992. — Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1992/93. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht Nr. 26-27/1992.

Zur Position der Bundesbank im einzelnen²

Gerade eine autonome Institution wie die Bundesbank muß gute Argumente haben, will sie glaubwürdig bleiben. Sie begründet die jüngste Diskonterhöhung mit vielen Argumenten. Doch die meisten vermögen nicht zu überzeugen.

Die Bundesbank stellt fest, daß Lohnerhöhungen in das nächste Jahr hineinreichen, die nicht in Übereinstimmung mit einer stabilen Entwicklung des Geldwertes stehen. Das herausragende Beispiel dafür sei die Festlegung der Tarife für die neuen Bundesländer im öffentlichen Dienst.

Das ist so nicht richtig. In Westdeutschland waren in der Tat die Lohnabschlüsse auch in diesem Jahr höher, als es mit einer normativen Preissteigerungsrate von 2 vH vereinbar ist. Die Lohnstückkosten werden in diesem Jahr noch einmal kräftig steigen. Entscheidend bei einem Blick in die Zukunft ist aber, daß die Bundesbank auf dieses Verhalten der Tarifpartner bereits mit den vorangegangenen Maßnahmen reagiert hat. Die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland nimmt zu, und die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich deutlich verschlechtert. Die Lohnstückkosten steigen bei einer günstigen Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr weniger stark, da die Unternehmen rationalisieren und die Nominallohnzuwächse niedriger sein werden³. Der wichtigste, in das kommende Jahr hineinreichende Abschluß in Westdeutschland in der Metallindustrie sieht Einkommenssteigerungen von 3 vH vor. Zur Kompensation der feststehenden Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde haben die Unternehmen — viele von ihnen selber bestätigen dies — schon lange Produktivitätspotentiale vorbereitet.

Die Tarifentwicklung in Ostdeutschland ist aus vielen Gründen zu kritisieren, und das DIW und andere Institute haben das auch immer wieder getan. Eine Inflationsgefahr stellt der rasche Anpassungsprozeß aber nicht dar. Zu hohe Lohnsteigerungen in Ostdeutschland führen unmittelbar zu höherer Arbeitslosigkeit, weil die Unternehmen dort höhere Preise als im Westen in der Regel nicht durchsetzen können und daher viele Arbeitskräfte freisetzen oder ihren Betrieb ganz schließen müssen. Das belastet letztlich zwar die öffentlichen Haushalte, diese selbst aber gefährden gegenwärtig nicht die Preisstabilität.

Auch bei der Preisentwicklung in Ostdeutschland haben wir es mit einigungsbedingten und daher unvermeidlichen Anpassungsprozessen zu tun, die von der Geldpolitik hinzunehmen sind. Der Abbau von Subventionen beispielsweise läßt die Preise vorübergehend stärker steigen als in Westdeutschland. Ein stärkerer Preisanstieg, etwa im Baubereich, ist auch notwendig, um zusätzliche Angebotskapazitäten aus dem Inland und Ausland anzulocken. In den übrigen Bereichen kommt es zu einer Annäherung der Preise an das Westniveau im Zuge der raschen Lohnangleichung. Diese Bewegung wird dann beendet sein, wenn das Westniveau erreicht ist. Darüber hinausgehen und

damit eigenständige Inflationsimpulse auslösen kann sie nicht.

Die Bundesbank verweist auf inflatorische Probleme im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung. Die Mehrwertsteuererhöhung aber führt nicht zu einer Beschleunigung der Inflation, sondern nur zu einer einmaligen Erhöhung des Preisniveaus. Das hat die Lohnpolitik ebenso zu beachten und zu tolerieren wie die Geldpolitik. Die Voraussetzungen für diese Erkenntnis sind — wie gesagt — bei der Lohnpolitik besser geworden; es wäre absurd, wenn jetzt die Geldpolitik diese Erhöhung schon im Vorhinein zum Anlaß nähme, den Restriktionskurs zu verschärfen.

Maßgeblich scheint für die Bundesbank bei ihrer Entscheidung die kräftige Zunahme ihrer Zwischenzielgröße M_3 gewesen zu sein, die mit über 9 vH (Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet) expandiert. Dahinter stehen zwei Vorgänge: Zum einen eine starke Ausweitung der Bankkredite an Unternehmen und Private und zum anderen eine Präferenz vieler Anleger für Termineinlagen zu Lasten von Geldkapitalbildung. Beides bietet keinen Anlaß, den geldpolitischen Kurs zu verschärfen. Im Gegenteil: Eine Zinssenkung hätte kurz- und längerfristig geldmengendämpfende Effekte gehabt.

Die starke Ausweitung der Kreditvergabe wird auch von der Bundesbank im Zusammenhang mit dem Aufbau des Kapitalstocks in den neuen Bundesländern gesehen. Dort wird in der Tat vor allem von westdeutschen Investoren kräftig in neue Anlagen investiert. Hinzu kommt der Kauf schon vorhandener Anlagen. Da die originär ostdeutschen Unternehmen massive Verluste erleiden, muß notwendigerweise ein erheblich größerer Teil der gesamten Investitionssumme in Deutschland als sonst kreditfinanziert werden, denn die Verluste der ostdeutschen Unternehmen waren nicht nur die Gewinne der westdeutschen, sondern vor allem Folge der massiven Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer. Die Lohnquote in Ostdeutschland liegt bei über 100 Prozent. Die gesamtdeutsche Lohnquote ist von 71 vH im Jahr 1990 auf fast 75 vH in diesem Jahr gestiegen. Gleichwohl erhöhte sich in diesem Zeitraum die gesamtdeutsche Investitionsquote von 21½ auf 23½ vH.

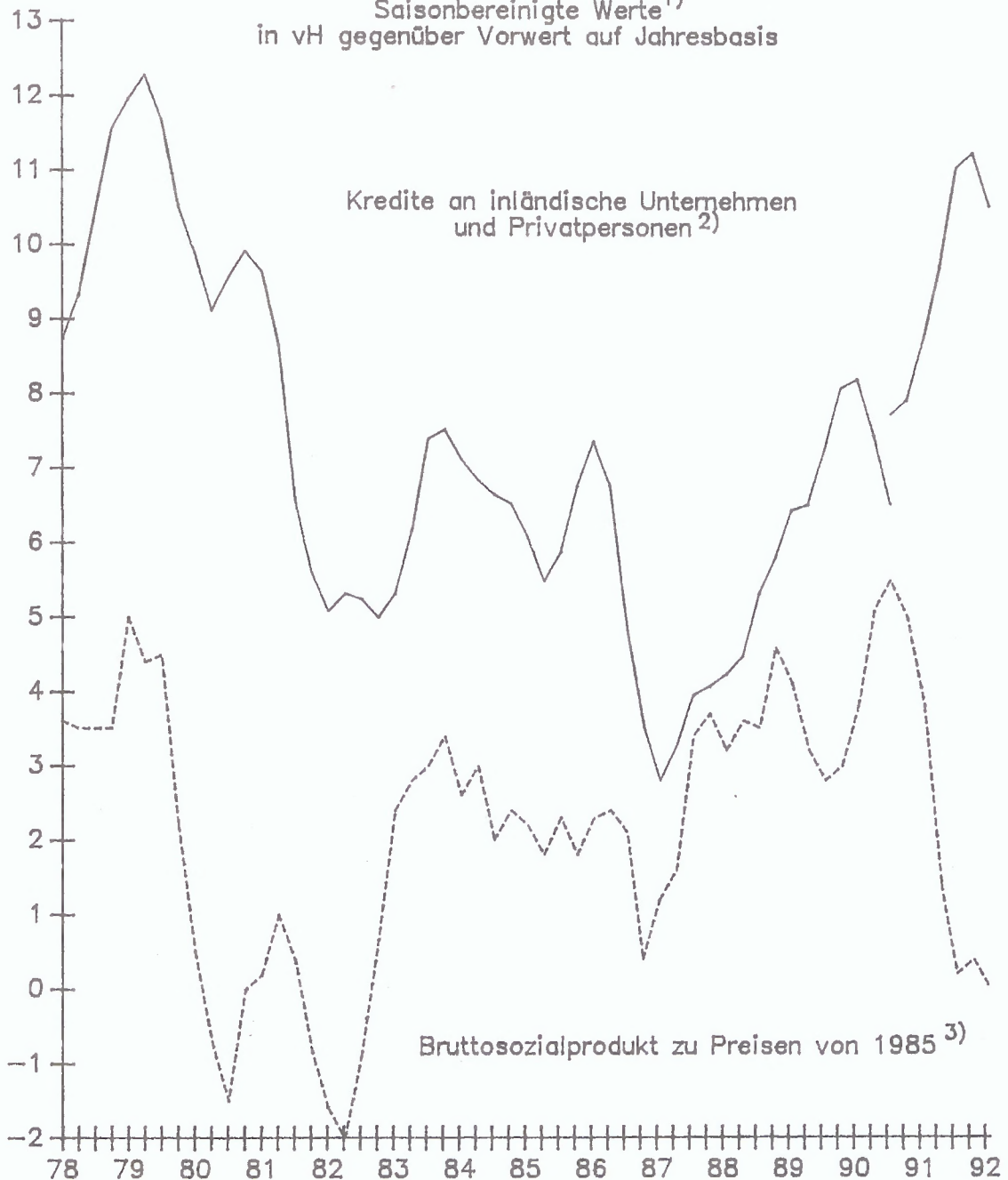
Soll in dieser Situation rasch ein neuer Kapitalstock aufgebaut und soll ebenso rasch privatisiert werden, geht das nur über einen einmaligen Schub an zusätzlicher Verschuldung aller deutschen Unternehmen. Dieser Prozeß ist auch kurzfristig nicht inflationär, da die Kapazitäten in Gesamtdeutschland unterausgelastet sind. Das dabei entstehende Angebotspotential bietet mittel- und langfristig die

² Alle Feststellungen beziehen sich auf Äußerungen von Vertretern der Bundesbank anläßlich der Pressekonferenz nach der Zentralbankratssitzung am 16. Juli 1992, wie sie von der Presse- und Informationsstelle der Deutschen Bundesbank veröffentlicht worden sind.

³ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1992/93. a.a.O.

Kredite und Bruttosozialprodukt

Saisonbereinigte Werte¹⁾
in vH gegenüber Vorwert auf Jahresbasis



- 1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.
Gleitender Durchschnitt aus jeweils drei Quartalswerten.
2) Ab 3. Quartal 1990 Gesamtdeutschland.
3) Westdeutschland.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 92

einzig wirksame Entlastung von den tendenziell inflationären Verteilungskämpfen, die in Deutschland anstehen. Daß die Kreditvergabe für Ostdeutschland entscheidend für die gesamte Kreditvergabe ist, zeigt sich eindeutig daran, daß die konjunkturelle Flaute, die seit einem Jahr zu beobachten ist, keine Auswirkungen auf das Tempo der Kreditnachfrage der Unternehmen hat. In dem Schaubild „Kredite und Bruttosozialprodukt“ wird deutlich, daß 1991/92 zum ersten Mal in den letzten 15 Jahren eine klar gegenläufige Bewegung der beiden Größen zu beobachten ist. Es liegt also auf jeden Fall eine Sonderentwicklung vor.

Es gibt derzeit keinen Maßstab dafür, ob eine Expansion der Kreditnachfrage von 11 vH „angemessen“ ist. Angesichts des — trotz großen Engagements westdeutscher Unternehmen — immer noch zu geringen Investitionstempos in Ostdeutschland wären sogar weit höhere Steigerungsraten der Kreditnachfrage notwendig, um den Verteilungskampf zu mildern und die öffentlichen Haushalte auf Dauer merklich zu entlasten. Die Finanzpolitik hat das erkannt und unterstützt die Kreditvergabe für Engagements in Ostdeutschland nach Kräften; die Bundesbank konterkariert diese einmalige historische Kraftanstrengung, indem sie die Kreditvergabe verteuert. Von einer Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gemäß §12 Bundesbankgesetz kann jedenfalls keine Rede sein.

Die Bundesbank argumentiert generell, daß sich Kreditfinanzierungen im Rahmen der inländischen Ersparnis halten müssen, wenn es nicht zu inflatorischen Entwicklungen kommen soll. Das ist in mehrerer Hinsicht falsch. Selbst in geschlossenen Volkswirtschaften kommt es kurz- und mittelfristig dadurch zu Einkommenswachstum, daß die Investitionspläne die Sparpläne übertreffen. Diese zusätzlichen Investitionen werden in der Regel von der Geldpolitik vorfinanziert, und ex post wird die Identität von Ersparnis und Investitionen auf erhöhtem Einkommensniveau erfüllt, weil im Zuge des Investitionsprozesses Gewinne — die „Ersparnis“ der Unternehmen — entstanden sind. Es ist eine statische Sichtweise zu glauben, Investitionen könnten erst dann vorgenommen werden, wenn zuvor die entsprechende Ersparnis gebildet worden sei. Das Wirtschaftswunder in Deutschland in den 50er Jahren wäre nicht möglich gewesen, wenn Investitionen nur im Zuge der inländischen Ersparnisbildung anderer Sektoren von den Unternehmen geplant und durchgeführt worden wären. Vielmehr haben damals eine Geldpolitik mit niedrigen Zinsen bei hohem Geldmengenwachstum und eine moderate Lohnpolitik einen Investitionsprozeß initiiert, der erst im nachhinein gesehen weitgehend aus der Ersparnis der Unternehmen, den Gewinnen also, finanziert worden ist.

Hinzu kommt, daß Deutschland eine offene Volkswirtschaft ist, der Kapital zufließt, wenn sie attraktive Sachkapitalrenditen bietet. Auch das ist eine Form der Investitionsfinanzierung via Kredite, die unproblematisch, weil keines-

wegs inflatorisch ist. Ein Leistungsbilanzdefizit ist für eine Aufbauphase, wie sie in Ostdeutschland ansteht, normal und sinnvoll.

Die Attraktivität der Termineinlagen, die zur Aufblähung der Geldmenge M_3 führt, ist zu einem großen Teil Ergebnis der bisherigen Bundesbankpolitik und wird sich nach der jüngsten Zinserhöhung noch verstärken. Angesichts der Situation auf dem wichtigsten Finanzmarkt, dem der USA nämlich, wo die Geldpolitik über Druck auf die kurzfristigen Zinsen versucht, die langfristigen zu senken, ist nicht damit zu rechnen, daß sich der langfristige Zins in Deutschland deutlich erhöhen wird. Folglich dürfte der „Spread“, der Abstand zwischen kurz- und langfristigen Zinsen, eher größer werden. Das wird die Tendenz, Geld statt Geldkapital zu halten, verstärken und die Rückführung von M_3 erschweren. Für diese Erklärung des starken Geldmengenwachstums spricht auch die Tatsache, daß in den USA das umgekehrte Phänomen zu beobachten ist: Eine „zu schwache“ Ausweitung der Geldmenge.

Die Bundesbank argumentiert, schon im Zuge der deutsch-deutschen Währungsunion sei wegen der Überschätzung des Produktionspotentials in Ostdeutschland die Geldmenge zu stark ausgeweitet worden, und seither sei es nicht zu einer Abschwächung gekommen. Das ist zumindest umstritten. Die fünf großen Institute haben in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst vergangenen Jahres darauf hingewiesen, daß in Zeiten starker Veränderungen des Außenbeitrags das Potentialkonzept nicht in der üblichen Art und Weise angewendet werden darf, weil zusätzliches Potential aus dem Ausland zur Verfügung steht, dessen Nutzung finanziert werden muß.

Schließlich sieht die Bundesbank keine Lösung der Probleme der öffentlichen Haushalte. Das ist kurzfristig aber auch nicht zu erwarten. Würde der Staat kurzfristig forciert konsolidieren, würde die konjunkturelle Entwicklung weiter gefährdet, und das Konsolidierungsziel wäre kaum zu erreichen, weil Steuereinnahmen ausfielen. Konsolidierung, selbst eine forcierte, wäre dagegen sinnvoll, wenn die Bundesbank uno actu ihre Zinsen drastisch senkte. Dagegen aber stehen — nach der Aussage der Bundesbank — die starke Kreditvergabe der Banken an Unternehmen und Private, die Expansion der Geldmenge M_3 und all die anderen Gründe, die hier aufgeführt worden sind. Warten auf Konsolidierungserfolge des Staates in dieser konjunkturellen Situation in Westdeutschland und der Krise in Ostdeutschland, um dann möglicherweise die Zinsen zu senken, kann nicht zum Ziel führen, da durch diese Politikvariante selbst die Probleme der öffentlichen Haushalte zunächst weiter vergrößert werden.

Von den staatlichen Defiziten gehen derzeit auch keine direkten Inflationsgefahren aus, denn die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sinkt, und die hohe staatliche Nachfrage dämpft lediglich deren Rückgang, überfordert aber nicht das Angebotspotential. Wenn die staatlichen Haushalte in den letzten beiden Jahren zur Preissteigerung beigetragen haben sollten, dann allenfalls

in dem Sinne, daß das „Nachfrageprogramm deutsche Einheit“ den Konjunkturaufschwung verlängerte und damit via Abbau der Arbeitslosigkeit die hohen Lohnabschlüsse begünstigte. Einen eigenständigen Einfluß auf die längerfristige Inflationsrate hat das staatliche Defizit nicht. Die staatliche Kapitalnachfrage ist lediglich ein kleiner Teil der gesamten weltweiten Kapitalnachfrage. Da weltweit die Kapitalnachfrage im Zuge der Konjunkturschwäche derzeit — trotz hoher Kreditnachfrage der Privaten bei den Banken in Deutschland — insgesamt schwächer expandiert als das Kapitalangebot, gibt es Zinssenkungspotential auch am langen Ende.

Blockade überwinden

Daß jeder den anderen zunächst auffordert, seine Aufgaben zu erledigen, ergibt keine Lösung, sondern die gegenwärtig zu beobachtende Blockade der Wirtschaftspolitik. Blockade ist das, was Deutschland jetzt am wenigsten gebrauchen kann. Alle tun sich offenbar schwer, die Herausforderungen der Vereinigung Deutschlands zu verstehen und angemessen zu reagieren. Alle verharren in hergebrachten Denkschemata, niemand macht einen Versuch, die Blockade des Denkens und des Handelns zu durchbrechen.

Das DIW hatte schon im Januar dieses Jahres einen Kontrakt der Vernunft vorgeschlagen, bei dem alle Beteiligten etwas einbringen, was ohne Gegenleistung des jeweils anderen offenbar nicht einzubringen ist. Dies bedeutet im einzelnen:

- Die Gewerkschaften erkennen für Westdeutschland an, daß eine Umverteilung von Kapital zu Arbeit über die Lohnpolitik gegenwärtig nicht durchgesetzt werden kann, ohne die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gefährlich zu destabilisieren. Sie verzichten folglich darauf, die Mehrwertsteuererhöhung und andere staatlich induzierte Preiseffekte in die Verhandlungen im Jahre 1993 einzubeziehen. Das bedeutet allerdings auch, daß die Formel „Reallohn halten“ in die Irre führen kann. Leitend sollte die Vorstellung sein, dieser Runde die erwartete Produktivitätszunahme zuzüglich einer 2 bis 2½prozentigen „unvermeidlichen“ Preissteigerung zugrunde zu legen.
- Für Ostdeutschland wird von den Gewerkschaften und den Arbeitgebern gemeinsam nach Wegen gesucht, wie die Kostenbelastung der Betriebe ohne weiteren Abbau der Beschäftigung vermindert werden kann.
- Bei einer solchen, die Unternehmen entlastenden Lohnpolitik verzichtet der Staat auf eine Netto-Steuerentlastung der Unternehmen und vermeidet weitere einseitige Belastungen der unteren Einkommensgruppen. Selbständige und Beamte werden zur Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit stärker als bisher herangezogen. Im übrigen bleibt der Staat auf

Konsolidierungskurs, ohne die konjunkturelle Entwicklung zu gefährden.

- Die Bundesbank durchbricht angesichts dieser Stabilitätspolitischen Absicherung mit einer kräftigen Zinssenkung am kurzen Ende den Attentismus der Anleger, so daß auch der langfristige Zins deutlich sinkt. Sie nimmt hin, daß die Kreditexpansion im Zuge der besonderen Transaktionen im Einigungsprozeß stärker ist, als es dem sonst zu erwartenden konjunkturellen Ablauf entspräche.

Fazit

Eine dermaßen abgesicherte Geldpolitik, die auf rasche und durchgreifende Zinssenkung setzt, wird in dieser Situation Deutschlands und Europas erfolgreich sein. Nur bei einem Aufschwung der europäischen Wirtschaft und der Weltwirtschaft kann es gelingen, den Aufholprozeß in Ostdeutschland zu beschleunigen und in Osteuropa in Gang zu setzen. Nur ein kräftiger Aufschwung erlaubt es, die staatlichen Defizite in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft so weit abzubauen, daß die Kriterien des Vertrages von Maastricht wenigstens in dieser Hinsicht erfüllt werden. Nur ein Aufschwung in Deutschland wird es möglich machen, die massiven Verteilungsprobleme zwischen Ost und West zu überwinden, ohne immer wieder neue Belastungsdebatten führen und schwere Konfrontationen der Tarifpartner hinnehmen zu müssen. Nur bei einem Aufschwung kann die Arbeitslosigkeit auch in Ostdeutschland allmählich abgebaut und können tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte vermieden werden.

All dies setzt die Geldpolitik aufs Spiel, ohne daß bei der Inflationsbekämpfung etwas gewonnen werden könnte, was nicht schon gewonnen wäre. Die aktuelle Inflationsrate (Juli) liegt bei 3½ vH, und die Lohnstückkosten werden im kommenden Jahr wesentlich schwächer zunehmen. In drei Monaten oder einem halben Jahr werden die Zinsen auf jeden Fall gesenkt werden müssen. Die Ausgangssituation wird dann insgesamt nicht anders sein.

Die Bundesbank wird zum Sklaven ihres eigenen Geldmengenkonzepts, wenn sie nicht mehr entscheiden kann, welche Bestimmungsgrößen der Geldmenge inflationäre Effekte mit sich bringen und welche das Gegenteil bewirken. Die Kreditgewährung für Transaktionen in Ostdeutschland ist im höchsten Maße erwünscht, sie ist sogar noch zu gering. Sie ist mittelfristig inflationshemmend, weil produktivitätsfördernd. Wer die Kreditgewährung für den Kauf von ostdeutschen Unternehmen und die Investitionen in Ostdeutschland einschränken will, gefährdet dort die ohnehin labile Aufwärtsentwicklung und verschärft die Verteilungskonflikte in Deutschland. Die traditionellen Meßkonzepte taugen nicht für historische Ausnahmesituationen, die Zwischenziele sind zurückzustellen zugunsten der Erreichung der eigentlichen Ziele auf mittlere Sicht.

Defizite in der Berufsausbildung der Lehrlinge in den neuen Bundesländern

Noch immer bestehen erhebliche Unterschiede im Bildungs- und Ausbildungssystem zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Jahre 1990 gab es in den alten Bundesländern 10,7 Mill. Schüler und Studenten, in den neuen Bundesländern 2,6 Mill. In Ostdeutschland besuchten relativ mehr Personen allgemeinbildende Schulen, weniger dagegen berufliche Schulen und Hochschulen (Tabelle 1). Dies weist auf Unterschiede in den Bildungsgängen und auf frühere Zugangsbeschränkungen an den Hochschulen und weiterbildenden Schulen in Ostdeutschland hin. Eine Rolle spielten auch die kürzere Ausbildungsdauer in den neuen Ländern und demographische Einflüsse.

Inzwischen sind in den neuen Ländern rechtliche Ausbildungsbedingungen eingeführt worden, die mit denen in den alten Ländern durchaus vergleichbar sind¹. Differenzierte Wahlmöglichkeiten sind auch bei den beruflichen Ausbildungsgängen für Schüler vorgesehen. Es bestehen aber Unterschiede in der Schulstruktur und in der Schulzeit bis zum Abitur.

Bis heute ist nicht genau zu prognostizieren, welche Schularten die ostdeutschen Schüler beim Übergang auf weiterführende allgemeinbildende und berufliche Schulen wählen und wie sich die Schülerzahlen mittelfristig durch Wanderungen verändern. Zudem gibt es bildungspolitische Einflüsse: Schulstandorte wurden bis in die jüngste Vergangenheit verändert, und bei Schülern und Eltern fehlen oft ausreichende Informationen über Vor- und Nachteile der Ausbildungsgänge an beruflichen Schulen und über neue Berufe im dualen System.

Die Bevorzugung von Gymnasien und erste Befragungen lassen vermuten, daß vor allem mit steigenden Abiturientenzahlen zu rechnen ist, sich das Bildungsverhalten

¹ Vgl. zu den Schulgesetzen: Pädagogisches Zentrum (Hrsg.): Informationen zum Bildungswesen der neuen Länder, Nr. 1, Berlin 1991, S. 24ff.

Tabelle 1

Schüler und Studenten an Schulen und Hochschulen im Jahre 1990¹⁾
in 1000 Personen und in vH

	alte Bundesländer			neue Bundesländer		
	in 1000 Personen	in vH	Frauen- anteil	in 1000 Personen	in vH	Frauen- anteil
Allgemeinbildende Schulen ²⁾	6 811,5	63,9	48,9	2 081,0	79,7	49,4
Berufliche Schulen	2 257,7	21,2	46,5	395,7	15,2	48,5
davon						
Berufsschulen	1 469,4	13,8	43,8	269,9	10,3	38,2
Berufsvorbereitungsjahr	25,6	0,2	41,8	6,6	0,3	34,8
Berufsgrundbildungsjahr	83,6	0,8	32,2	3,6	0,1	66,7
Schüler der drei Schul- bzw. Ausbildungsarten	1 578,6	14,8	43,2	280,1	10,7	38,5
darunter						
Auszubildende ³⁾	1 476,9	13,9	42,6	255,5	9,8	38,1
Sonstige Schulen	679,1	6,4	54,1	115,6	4,4	72,8
Hochschulen	1 585,2	14,9	38,3	133,6	5,1	45,4
davon						
Wissenschaftliche und Kunsthochschulen	1 212,6	11,4	41,2	133,6	5,1	45,4
Fachhochschulen	372,6	3,5	29,1	—	0,0	—
Alle Schüler	9 069,2	85,1	48,3	2 476,7	94,9	49,2
Alle Studenten	1 585,2	14,9	38,3	133,6	5,1	45,4
Schüler und Studenten insgesamt	1 0654,4	100,0	46,8	2 610,3	100,0	49,0

1) Schüler- und Studentenzahlen am Jahresende. — 2) Ohne Kinder in Schulkindergärten und Vorklassen. — 3) Die Zahl der Auszubildenden in den alten Bundesländern ist größer als die Zahl der Berufsschüler, da in Nordrhein-Westfalen Lehrlinge auch in den Kollegschaften eingeschult sind.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und eigene Berechnungen.

also an das in den alten Ländern angleichen wird². Nach einer für die neuen Länder vorliegenden Prognose wird im Sekundarbereich II die Schülerzahl bis zum Jahre 1995 steigen — besonders deutlich an der Oberstufe allgemeinbildender Schulen. Die Schülerzahl an der Oberstufe dürfte vor allem dann kräftig zunehmen, wenn berufsbildende Alternativen fehlen³. Dazu zählen vor allem betriebliche Ausbildungsplätze, aber auch schulische berufliche Ausbildungsgänge, die nicht nur Teilqualifikationen vermitteln. Werden zu wenige Lehrstellen angeboten, dann planen Eltern und Schüler vermutlich eine längere Schullaufbahn an allgemeinbildenden Schulen.

Betriebliche Ausbildungsplätze fehlten 1991 in den neuen Ländern

Die auf den Stichtag zum Abschluß des Berichtsjahres Ende September 1991 bezogene Bilanz bei der Bundesanstalt für Arbeit sah von seiten der Bewerber um Ausbildungsstellen sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern scheinbar positiv aus: Der Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber stand jeweils eine höhere Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze gegenüber. In Ostdeutschland gab es am Stichtag bei 2 400 nicht vermittelten Bewerbern 6 700 unbesetzte Stellen, im Westen war das Verhältnis für die Bewerber weitaus günstiger. Diese Zahlen beschreiben die Ausbildungssituation allerdings nur unvollkommen. Denn während in Westdeutschland im Verlauf des Ausbildungsjahres viele Lehrstellen unbesetzt blieben, war in Ostdeutschland eine nicht ausreichende Zahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen vorhanden. Für 146 000 Bewerber (abzüglich der Stornierungen) waren nur knapp 63 000 betriebliche und 38 000 überbetriebliche Ausbildungsstellen gemeldet. Daraus ergab sich eine Stellen-Bewerber-Relation⁴ von 0,7, die bedeutet, daß nur für rund

zwei Drittel der Bewerber betriebliche und überbetriebliche Ausbildungsstellen zur Verfügung standen.

Nach Information der Arbeitsämter in den neuen Ländern sind von den 146 000 gemeldeten Bewerbern im Laufe des Berichtsjahres 110 000 in eine Lehrlingsausbildung vermittelt worden (76 vH), davon nur 73 000 in eine betriebliche, 38 000 dagegen in eine überbetriebliche Ausbildung (Tabelle 2). Das zeigt, daß ohne die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit ein erheblicher Mangel eingetreten wäre. Da bei den Arbeitsämtern in den neuen Ländern nur 63 000 betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet waren, fanden etwa 10 000 Bewerber ohne Vermittlung des Arbeitsamtes eine Stelle; davon vermutlich ein großer Teil in den alten Ländern⁵.

² Nach einer 1991 im Osten durchgeführten Befragung wünschen die Eltern überwiegend, daß ihre Kinder höherwertige Schulabschlüsse erreichen: mehrheitlich mit 63 zu 37 vH ziehen sie für die Jugendlichen nach einem guten Realschulabschluß das Abitur einer Lehre vor. Vgl. hierzu: M. Konders: Skepsis in den neuen Bundesländern. In: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): Erziehung und Wissenschaft, Heft 3, Frankfurt 1992, S. 13f.

³ Vgl. K. Klemm, W. Böttcher und M. Weegen: Bildungsplanung in den neuen Bundesländern, Weinheim und München 1992, S. 72ff.

⁴ Die Relation gibt das Verhältnis von den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätzen zu den gemeldeten Bewerbern wieder. Diese Zahlen geben nur den Teil der Gesamtzahlen verfügbarer Plätze und ausbildungssuchender Jugendlicher wieder, bei dem die Arbeitsämter in die Vermittlungstätigkeit einbezogen werden. Der „Einschaltungsgrad“ schwankte in den alten Bundesländern und ist bei Stellen und Bewerbern unterschiedlich hoch. Dies wird hier nicht berücksichtigt. Im Osten dürfte der Einschaltungsgrad höher als im Westen liegen.

⁵ Vgl. die Untersuchung zur Lehrstellensituation in den neuen Ländern. K. Schöber: Lehrstellensuche '91, eine Zwischenbilanz. In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): IAB-Werkstattbericht, Nr. 7, Nürnberg 1991.

Tabelle 2

Bei den Arbeitsämtern in den neuen Ländern gemeldete Bewerber um Ausbildungsplätze
nach der Art der Vermittlung im Ausbildungsjahr 1990 - 1991¹⁾
in Personen und in vH

Art der Vermittlung	in Personen			in vH		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Betriebliche Berufsausbildung	72 552	37 809	34 743	49,8	52,6	47,0
Berufsausbildung in überbetrieblicher Einrichtung	38 035	18 992	19 043	26,1	26,4	25,8
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	4 194	2 462	1 732	2,9	3,4	2,3
Schulbesuch	14 514	4 976	9 538	10,0	6,9	12,9
Arbeitsstelle	1 952	992	960	1,3	1,4	1,3
Sonstiger Verbleib	12 025	5 538	6 487	8,3	7,7	8,8
noch nicht vermittelt	2 421	1 062	1 359	1,7	1,5	1,8
Insgesamt	145 693	71 831	73 862	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Das Ausbildungsjahr reicht vom 1. Oktober 1990 bis 30. September 1991.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Von den 35 000 nicht in eine Lehre vermittelten Bewerbern gingen 14 500 weiter auf allgemeinbildende und berufliche Schulen, 4 200 begannen eine berufsvorbereitende Maßnahme, und 2 000 nahmen eine Beschäftigung auf. Der Verbleib von 12 000 Bewerbern blieb ungeklärt. Hierbei kann es sich um Jugendliche handeln, die ihre bisherige Ausbildung oder Berufstätigkeit fortsetzen, Wehr- oder Zivildienst begannen, auf eigene Initiative eine Lehrstelle im Westen fanden oder lediglich im elterlichen Haushalt verbleiben. Mit der Berufsberatungsstatistik läßt sich nicht klären, ob freiwillig oder durch den engen Ausbildungsstellenmarkt erzwungen vorläufig auf eine Lehre verzichtet wurde. Doch ist von dem bildungspolitischen Ziel her, jeden Jugendlichen auszubilden, die Zahl derer zu hoch, die nur eine Beschäftigung aufnahmen oder deren Verbleib ungeklärt ist.

Wieviele Ausbildungsverträge in Ostdeutschland im Ausbildungsjahr 1990/91 abgeschlossen wurden, war strittig, da sich der Aufbau der Kammerstatistiken verzögerte und einige überbetriebliche Träger auszubilden begannen, obwohl ein Lehrvertragsabschluß noch ausstand. Nach Schätzungen, die im Bundesbildungsministerium durchgeführt wurden, waren es rund 90 000. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 1991 82 000 Verträge geschlossen. Ein Jahr zuvor fingen bei 123 000 neu abgeschlossenen Verträgen noch deutlich mehr Jugendliche eine Lehre an. Insgesamt gab es 1991 in den neuen Ländern nur noch 255 000 besetzte Ausbildungsplätze; die Zahl nahm gegenüber dem Vorjahr mit 7 vH ab. Von den Plätzen entfielen 145 000 auf Industrie und Handel (61 vH), 67 000 auf das Handwerk (28 vH), 14 000 auf die Landwirtschaft (6 vH), 6 000 auf die freien Berufe (3 vH) und 4 000 auf den öffentlichen Dienst (2 vH)⁶.

Die Ausbildung in Ostdeutschland fand noch oft in großen Betrieben der Industrie statt, deren Ausbildungsmöglichkeiten infolge der Umstrukturierungen begrenzt sind. Davon sind auch die Ausbildungseinrichtungen betroffen. Der Aufbau neuer Betriebe im Handwerk, im Baugewerbe, im Handel und bei personenbezogenen Dienstleistungen ist zwar im Gange, doch konnten erst wenige mit der Ausbildung beginnen.

Ausbildungsplätze in Ostdeutschland: berufliche, geschlechtsspezifische und regionale Ungleichgewichte

Von den über die Bundesanstalt für Arbeit angebotenen Ausbildungsplätzen im Ausbildungsjahr 1990/91 entfielen in den neuen Ländern 61 vH auf Fertigungsberufe, 31 vH auf Dienstleistungsberufe, 5 vH auf landwirtschaftliche und 2 vH auf technische Berufe. Damit war das Angebot noch vorwiegend durch gewerblich-technische und landwirtschaftliche Berufe bestimmt, die zusammen einen Anteil von 69 vH gegenüber nur 54 vH in den alten Ländern

erreichten (Tabelle 3). Das Stellenangebot in Ostdeutschland hatte sich zwar gegenüber dem vorjährigen Bestand an Ausbildungsplätzen in Richtung der Dienstleistungsberufe verschoben und damit der Berufsstruktur des Angebots in Westdeutschland angenähert, doch entsprach es weder den Wünschen der Stellenbewerber noch dem erforderlichen Wandel der Beschäftigungsstruktur. Vor allem fehlten Lehrstellen in kaufmännischen, beratenden und verwaltenden Berufen sowie in personenbezogenen Dienstleistungsberufen.

In den neuen Ländern gab es in Fertigungsberufen, aber auch in technischen Berufen noch freie Ausbildungsplätze. Darunter waren Ende September 1991 in Metall-, Bau-, Elektro-, Textil- und technischen Berufen 3 900 Stellen. Der Bewerbermangel ist bei den Fertigungsberufen im Vergleich zu Westdeutschland freilich noch gering. Einen beträchtlichen Stellenwert hat auch in den neuen Ländern bereits der Wunsch der Jugendlichen nach einer Ausbildung in einem Dienstleistungsberuf. Ob sich mittelfristig in Ostdeutschland dieselbe Entwicklung wie in Westdeutschland durchsetzt, die zu Lehrlingsmangel und einer Nachwuchslücke in einer Reihe von Fertigungsberufen führte, ist noch nicht abzusehen. Die Gefahr wäre wohl geringer, wenn es gelänge, in Fertigungsberufen qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze in neuen Betrieben anzubieten. Die Ausbildung in diesen Berufen in alten Ausbildungseinrichtungen⁷ ist sowohl im Hinblick auf die vermittelten Qualifikationen als auch auf die zukünftigen Beschäftigungsmöglichkeiten weniger attraktiv.

Obwohl nahezu alle Berufe von weiblichen und männlichen Jugendlichen erlernt werden können, sind sie häufig geschlechtsspezifisch geprägt. Die Gleichstellung von Mann und Frau im Hinblick auf die berufliche Ausbildung war indessen in der DDR weiter vorangeschritten. Unter allen Berufsbereichen war 1990 der Frauenanteil in beiden Ländergruppen im Bereich der Fertigungsberufe am niedrigsten, mit 20 gegenüber nur 10 vH waren jedoch hier Frauen in Ostdeutschland stärker vertreten. Bei den Dienstleistungsberufen war der Abstand mit 81 zu 74 vH nur etwas kleiner. Nur bei landwirtschaftlichen Berufen war der Frauenanteil mit 44 vH gleich groß. In Westdeutschland hatten Dienstleistungsberufe jedoch ein größeres Gewicht; deshalb wird die geschlechtsspezifische Verteilungsstruktur überlagert: der Frauenanteil an den Ausbildungsberufen war mit 43 zu 38 vH dort größer.

⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1992, Drucksache 12/2427 vom 2.4.1992, S. 1; Deutsche Presseagentur (Hrsg.): Sozialpolitische Nachrichten, Nr. 18 vom 27.4.1992, S. 17.

⁷ In den Betrieben der Treuhandanstalt wurde oft in bestehenden Einrichtungen der Industrie ausgebildet, aber auch überbetriebliche Träger und „Ausbildungsringe“ nutzten vielfach noch die alten Ausbildungseinrichtungen. Vgl. beispielsweise: J. Kühl: Beschäftigungsentwicklung in Treuhandunternehmen und Ex-Treuhandfirmen. In: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Arbeit und Beruf, Nr. 3, Nürnberg 1992, S. 74f.

Tabelle 3

**Auszubildende 1990 sowie gemeldete Ausbildungsplätze und Bewerber bei den Arbeitsämtern
im Ausbildungsjahr 1990 - 1991 nach Berufsbereichen¹⁾
in 1000 Personen oder Plätzen, in vH und Verhältniszahl**

Berufsbereiche	alte Bundesländer			neue Bundesländer			Verhältnis gemeldete Plätze zu Bewerbern 1990 - 1991	
	1990	1990 - 1991		1990	1990 - 1991			
	Auszu- bildende	gemeldete Plätze	gemeldete Bewerber	Auszu- bildende	gemeldete Plätze	gemeldete Bewerber	alte Länder	neue Länder
Gewinner und Hersteller von Naturprodukten	37,8	17,8	9,7	19,2	6,2	7,3	1,84	0,85
Fertigungsberufe	692,5	349,3	155,8	167,0	75,2	69,5	2,24	1,08
Technische Berufe	43,5	14,2	20,2	6,3	2,7	2,3	0,7	1,17
Dienstleistungsberufe	703,1	330,1	225,3	63,1	38,2	66,6	1,47	0,57
Insgesamt ²⁾	1 476,9	711,4	411,0	255,6	122,3	145,7	1,69	0,84
in vH								
Gewinner und Hersteller von Naturprodukten	2,6	2,5	2,4	7,5	5,1	5,0		
Fertigungsberufe	46,9	49,1	37,9	65,3	61,5	47,7		
Technische Berufe	2,9	2,0	4,9	2,5	2,2	1,6		
Dienstleistungsberufe	47,6	46,4	54,8	24,7	31,2	45,7		
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		

¹⁾ Auszubildende Ende 1990, gemeldete Ausbildungsplätze und Bewerber vom 1. Oktober 1990 bis 30. September 1991. — ²⁾ Von den 122 300 gemeldeten Ausbildungsplätzen wurden im Verlauf des Ausbildungsjahres 22 600 Plätze storniert, so daß nur 99 700 Plätze zur Vermittlung bereit standen. Dies ergab eine Stellen-Bewerber-Relation von 0,7.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit und eigene Berechnungen.

Zur Untersuchung der geschlechtsspezifischen Verteilung werden als Männerberufe in Tabelle 4 die Berufsgruppen zusammengefaßt, in denen der Frauenanteil weniger als 20 vH beträgt (Gruppe 1), und als Frauenberufe diejenigen, deren Frauenanteil mehr als 80 vH erreicht (Gruppe 3). Dazwischen liegen die Mischberufe

(Gruppe 2). Von den 93 Berufsgruppen zählten in den alten Ländern mit 32 zu 20 mehr als in den neuen zu Männerberufen, bei Frauenberufen war es mit 5 zu 15 umgekehrt.

Wird die Verteilungsstruktur in den alten Ländern auf alle Länder angewandt, dann ergibt sich: In Männerberufen lernten von den weiblichen Lehrlingen in den alten Ländern nur 4 vH, in den neuen 19 vH. Für die Bundesrepublik sind dies insgesamt nur 6 vH (727 000 weibliche Auszubildende). Auf Frauenberufe kamen in den alten Ländern 21 vH der weiblichen Lehrlinge, in den neuen Ländern 11 vH und damit in Deutschland rund ein Fünftel. Über sieben Zehntel der Frauen lernten zwar bereits in den 56 Mischberufen — annähernd anteilig gleichviel in Ost und West —, doch war der Frauenanteil mit 63 vH recht hoch (Warenkaufleute und Bürofachkräfte).

In den neuen Ländern wirkte sich für Frauen — vergleichsweise zu jungen Männern — bei Wegfall und Neubesetzung von Ausbildungsplätzen die stärkere Konzentration auf wenige Lehrberufe negativ aus. Dem sollte entgegengewirkt werden, indem vor allem mehr Plätze in zukunftsorientierten Dienstleistungsberufen angeboten werden.

Auf Länderebene waren im Ausbildungsjahr 1990/91 in Ostdeutschland, gemessen an der Relation von Plätzen zu Bewerbern, mit Ausnahme Ostberlins die Ungleichgewichte gering. Das Ergebnis konnte jedoch nur durch eine intensive Vermittlung überbetrieblicher Ausbildungsplätze

Tabelle 4

**Verteilung der weiblichen Auszubildenden auf frauen- und männertypische Berufsgruppen im Jahre 1990
in vH**

Berufsgruppen mit Anteil an Frauen von ... bis ... vH	Anteil an den weiblichen Auszubildenden		
	alte Bundes- länder	neue Bundes- länder	Bundes- republik
Männerberufe Gruppe 1: 0 — 20	3,8	18,6	5,8
Mischberufe Gruppe 2: 20 — 80	73,2	70,2	72,8
Frauenberufe Gruppe 3: 80 — 100	20,9	11,3	21,4
Insgesamt	100	100	100
nachrichtlich: weibl. Auszubildende in 10000 Personen	630	97	727

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

Tabelle 5

Bei den Arbeitsämtern gemeldete Ausbildungsplätze und Bewerber in den neuen Bundesländern
im Ausbildungsjahr 1990 - 1991 und im ersten Halbjahr des Ausbildungsjahres 1991 - 1992¹⁾
in 1000 Personen oder Plätzen und Verhältniszahl

	Ausbildungsplätze				Bewerber				Verhältnis gemeldete Plätze zu Bewerbern	
	1990-1991			1991-1992	1990-1991			1991-1992	1990-1991	1991-1992
	Ins- gesamt ²⁾	darunter: überbe- trieblich	Anteil in vH	1. Halbjahr ins- gesamt	Ins- gesamt	darunter: Vertrags- lösung	Anteil in vH	1. Halbjahr ins- gesamt		1. Halbjahr
Mecklenburg- Vorpommern	13,8	6,4	46	7,6	19,7	4,1	21	13,1	0,70	0,58
Brandenburg	13,7	3,1	22	11,0	20,0	3,3	17	15,4	0,69	0,71
Sachsen-Anhalt	18,7	6,5	35	13,6	25,6	5,0	20	16,4	0,73	0,83
Thüringen	19,6	8,2	42	11,3	29,9	7,1	24	18,9	0,66	0,59
Sachsen	28,7	11,9	42	18,4	40,2	7,6	19	29,5	0,71	0,62
Berlin (Ost)	5,1	0,9	18	4,3	10,2	1,8	17	7,3	0,50	0,58
Insgesamt	99,6	37,0	37	66,2	145,6	28,9	20	100,7	0,68	0,66

¹⁾ Das Ausbildungsjahr 1990-91 reicht vom 1. Oktober bis 30. September 1991, das erste Halbjahr des Ausbildungsjahres 1991-92 vom 1. Oktober 1991 bis 31. März 1992. — ²⁾ Ohne stornierte Ausbildungsplätze.
Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Bundesanstalt für Arbeit und eigene Berechnungen.

über die Arbeitsämter gegen Ende des Ausbildungsjahres erzielt werden. Der Anteil überbetrieblicher Ausbildungsplätze an den vermittelten Stellen war in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen überdurchschnittlich hoch. Auf die drei Länder entfielen mit 26 500 überbetrieblichen Ausbildungsplätzen insgesamt sieben Zehntel der in Ostdeutschland vermittelten überbetrieblichen Stellen (Tabelle 5).

Im ersten Halbjahr des Ausbildungsjahres 1991/92 waren zwar mit fast 60 000 freien betrieblichen Stellen gegenüber dem gleichen Zeitraum des vorherigen Ausbildungsjahres rund 60 vH mehr betriebliche Lehrstellen vorhanden, doch kann aus dieser Entwicklung noch nicht abgeleitet werden, daß alle Bewerber im laufenden Ausbildungsjahr in Betrieben eine Lehre beginnen können. Auch am Ende des ersten Halbjahres dieses Ausbildungsjahres war die Stellen-Bewerber-Relation noch sehr niedrig; es fehlten mindestens 35 000 Stellen⁸. Im Vergleich mit dem vorherigen Ausbildungsjahr war sie sogar geringfügig kleiner, und die regionalen Unterschiede nahmen zu. Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Ostberlin haben nun eine etwas günstigere Stellen-Bewerber-Relation, die übrigen Länder eine schlechtere. So belegen die — teilweise recht niedrigen — Stellen-Bewerber-Relationen, daß betriebliche Ausbildungsplätze weiterhin knapp sind und voraussichtlich wieder durch ein überbetriebliches Angebot ergänzt werden müssen.

Zwischen den einzelnen Arbeitsamtsbezirken streuten die Relationen erheblich stärker. Zuletzt gab es nur in den Bezirken Halle, Plauen und Potsdam mehr gemeldete

Plätze als Bewerber, in Leipzig lag die Relation nahe bei 1. Engpässe bei der Versorgung der Bewerber bestanden — wie im vorherigen Jahr — in strukturschwachen Arbeitsamtsregionen an der Grenze zu den östlichen Nachbarn und in den Regionen, in denen bei rückläufiger Beschäftigung eine große Zahl von Lehrvertragslösungen oder eine Stornierung von Ausbildungsstellen droht. Hierzu zählen beispielsweise die Arbeitsamtsbezirke Annaberg, Gotha, Jena und Oschatz⁹.

Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung

Nach dem Berufsbildungsbericht werden 1992 140 000 bis 150 000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz in den neuen Ländern nachfragen. Es wird angenommen, daß davon rund 20 000 Jugendliche eine Ausbildung in den alten Ländern aufnehmen werden und somit in Ostdeutschland mindestens 120 000 Stellen benötigt werden. Hinzu kommt eine noch nicht abschätzbare Nachfrage

⁸ Nach einer Umfrage in den Schulen der neuen Länder hatten von den knapp 110 000 eine Lehrstelle suchenden Schulabgängern Anfang Mai 34 vH noch keine Stelle und 30 vH nur eine vorläufige Einstellungszusage. Ende April hatten von den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerbern rund 74 000 noch keinen Ausbildungsplatz. Für diese Bewerber waren noch knapp 30 000 unbesetzte Lehrstellen gemeldet. Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Presse-Informationen, Nr. 23 vom 21.5.1992.

⁹ Vgl. K. Schober, a.a.O., S. 11ff. und Aktuelle Daten für das Bundesgebiet Ost, April 1992. In: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Arbeitsmarkt in Zahlen, Nürnberg 1992, S. 25.

durch den Verlust von Ausbildungsplätzen durch Betriebsschließungen¹⁰. Ohne „Konkurslehrlinge“ wird die Nachfrage um rund 25 vH über der des Vorjahres liegen. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die verkürzte Schulzeit zurückzuführen.

Bereits 1991 wurde das Ausbildungsplatzangebot in Ostdeutschland nur im Wege der gezielten Förderung von Bund, Ländern und anderen öffentlichen Institutionen geschaffen, da die Wirtschaft infolge des Strukturwandels allein noch nicht genügend betriebliche Lehrstellen anbieten konnte. Die Programme von Bund und Ländern sind zum Teil auf mehrere Jahre angelegt und werden — nach einigen organisatorisch bedingten Verzögerungen bei Beginn — auch in diesem Jahr das betriebliche Stellenangebot verbessern. Dazu zählen auch die Programme des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft zur Förderung der Berufsausbildung in kleinen Unternehmen und zum Aufbau eines Netzes überbetrieblicher Ausbildungsstätten zur Erhöhung der Ausbildungsqualität.

Viele Förderprogramme zielen jedoch vorwiegend auf die Steigerung der Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittelständischer Unternehmen, die in den alten Ländern etwa zwei Drittel der Ausbildungsplätze anbieten. Nach der Zahl bewilligter Anträge im Programm des Bundesministeriums werden 1992 zwar erheblich mehr solcher betrieblichen Ausbildungsstellen bereitgestellt als im Vorjahr. Dies wird aber kaum reichen, die große Nachfrage an betrieblichen Lehrstellen mit einer zukunftsorientierten beruflichen Struktur zu decken. Vielmehr sind über die mittelständisch orientierten Maßnahmen hinaus weitere Anstrengungen geboten.

Die Bereitstellung eines ausreichenden Angebots betrieblicher Lehrstellen ist zwar nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1981 Aufgabe der Wirtschaft. Bund, Länder und die Bundesanstalt für Arbeit können aber subsidiär tätig werden. Vor allem in diesem Jahr, bei der durch die verkürzte Schulzeit ausgelösten hohen Nachfrage und den weiterhin vorhandenen wirtschaftlichen Strukturproblemen, sollten daher auch betriebliche Ausbildungsplätze in größeren Betrieben öffentlich gefördert werden, wenn erstmalig ausgebildet oder über den eigenen Bedarf hinaus angeboten wird. Eine mit öffentlichen Mitteln erreichte Neuansiedlung großer Unternehmen könnte ferner mit der Auflage verbunden werden, Ausbildungsplätze einzurichten. Die Treuhandanstalt gab zwar 1991 eine Bestandsgarantie für bestehende Auszubildungsverhältnisse ab, es wurden aber zu wenig neue Lehrverträge in eigenen und privatisierten Betrieben abgeschlossen¹¹. Die Treuhandanstalt sollte bei industriepolitischen Entscheidungen auf die Einrichtung neuer Lehrstellen — auch für Fertigungsberufe — achten.

Jeder — auch öffentlich geförderte — betriebliche Ausbildungsplatz wirkt entlastend auf die öffentlichen Haushalte, weil andernfalls vollschulische berufliche Ausbildungsgänge für unversorgte Jugendliche angeboten werden müßten. Die Verstärkung des Angebots betrieb-

licher Ausbildungsplätze muß allerdings von der Sanierung der öffentlichen Berufsschulen begleitet werden, die notwendiger Bestandteil der dualen Ausbildung sind. Dies erfordert Bauinvestitionen und Ausgaben für technische Ausstattungen sowie Lehr- und Lernmittel von rund 1,1 Mrd. DM¹².

Außerdem sind spezifische berufsbildungspolitische Maßnahmen notwendig, um die ausbildungsorientierte Infrastruktur in den neuen Ländern aufzubauen und um Eltern und Schüler besser über berufliche Ausbildungsgänge zu informieren. Hinzu kommen Maßnahmen, die gleichermaßen in den neuen und alten Ländern erforderlich sind: eine nachhaltige Förderung von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluß, vonseiten der Betriebe ein breiteres Ausbildungsangebot für weibliche Jugendliche, die Erweiterung des Berufswahlspektrums von Frauen und die Verbesserung der Kooperation zwischen Berufsschulen und Betrieben. Viel könnten bei potentiellen Bewerbern auch Maßnahmen bewirken, die die duale Ausbildung langfristig attraktiver halten. Für dieses Ziel ist jedoch ergänzend die Personalpolitik privater und öffentlicher Arbeitgeber gefordert, die nach der Lehre für Weiterbildung im Beruf und Aufstiegschancen ausgebildeter Jugendlicher zuständig ist.

Fazit

In den neuen Ländern reichte 1991 das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen nicht aus. Viele Jugendliche mußten deshalb eine außerbetriebliche Ausbildung beginnen, und mehr Schülerinnen und Schüler als bisher üblich wechselten in die Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen. So konnte den vielen Jugendlichen ein Bildungs- und Ausbildungsangebot gemacht und die Zahl junger Arbeitsloser etwas verringert werden. Zum Jahresende waren dennoch fast 40 000 Jugendliche arbeitslos gemeldet.

Obwohl die Datenlage unsicher bleibt — Wanderungen und Übergänge auf weiterführende allgemeinbildende und berufliche Schulen lassen sich nicht genau voraussehen —, wird 1992 die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen deutlich über der im Vorjahr liegen. Nach dem Berufsbildungsbericht werden in den neuen Ländern mindestens 120 000 Ausbildungsstellen benötigt, wenn unterstellt wird, daß 20 000 Jugendliche eine Ausbildung in den alten Ländern aufnehmen. Es läßt sich bereits gegenwärtig erkennen,

¹⁰ Vgl. Qualifizierungsoffensive im Osten, Nachwuchsmangel im Westen. In: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Informationen Bildung Wissenschaft, Nr. 3, Bonn 1992, S. 30ff. und Deutscher Bundestag (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1992, a.a.O., S. 13f.

¹¹ Vgl. J. Kühl, a.a.O., S. 77.

¹² Vgl. B. Autsch, H. Brandes und G. Walden: Bedingungen und Aufgaben bei der Umgestaltung des Berufsbildungssystems in den neuen Bundesländern. Berlin und Bonn 1991, S. 27ff.

daß das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen noch erheblich ausgeweitet werden muß. Außerdem bestanden berufliche, geschlechtsspezifische und regionale Ungleichgewichte, die verringert werden sollten. Obwohl es die Aufgabe der Wirtschaft bleibt, ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Lehrstellen bereitzustellen, wird voraussichtlich auch 1992 ein Ausgleich des Ausbildungsstellenmarktes nur mit überbetrieblicher Ausbildung zu erreichen sein.

Die Qualität der Ausbildung in den Betrieben, außerbetrieblichen Einrichtungen und Berufsschulen sowie die Kooperation zwischen den Trägern der Ausbildung weist noch Mängel auf, die behoben werden müssen¹³. Obwohl

es im Interesse der Wirtschaft liegt, durch gut ausgebildete Jugendliche einem zukünftigen Fachkräftemangel vorzubeugen und daher selbst verstärkt auszubilden, werden Bund und Länder die finanziellen Hilfen zur Verbesserung des dualen Systems in den neuen Ländern noch fortsetzen müssen. Nur so kann es gelingen, jedem Jugendlichen, der es wünscht, einen betrieblichen Ausbildungsplatz anzubieten.

¹³ Vgl. Stellungnahme des Hauptausschusses zum Entwurf des Berufsbildungsberichtes 1992. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Heft 2, Berlin und Bonn 1992, S. 41.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 13. August 1992

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verfehlte Geldpolitik. Bearbeitet von Heiner Flassbeck. —

Defizite in der Berufsausbildung der Lehrlinge in den neuen Bundesländern. Bearbeitet von Wolfgang Jeschek.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu 3 Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —